



Was machen wir falsch, dass sie uns so hassen?



Diese im diskursiven Bereich der „Gutmeinenden“ des Öfteren thematisierte Frage, versinnbildlicht wie keine andere die Ausweglosigkeit der aktuellen Gesamtsituation im Lande. Denn – unabhängig davon, wie viele grausame Verbrechen sich noch von „Allahu akbar“ brüllenden Vollbärten im In- oder auch Ausland ereignen mögen, stets ist ein „Besorgter“ und zur „Vernunft“ mahnender, meist linksideologischer Mensch zur Stelle, der ausschließlich die (im KanzlerInnen-Neusprech) „schon immer im Land Wohnenden“ als ursächlich für die unerträglichen Spannungen zwischen den Kulturen ansieht – und nur höchst selten die „neu Hinzugekommenen“.

(Von cantaloop)

Bestenfalls lassen diese noch angeblich psychische Störungen

bei den zumeist muslimischen Wüterichen gelten, die aber selbstverständlich nur aufgrund der permanenten Diskriminierung und Ausgrenzung derselben aufgetreten sind und sie somit faktisch „schuldunfähig“ machen. Die vom politischen Establishment als „edle Wilde“ und folkloristisch verfärbt angesehenen Immigranten werden samt und sonders als speziell „Schutzbefohlene“ und demzufolge vollkommen unfähig, die vielen Gesetze und Vorschriften in unserer Republik zu verstehen und zu befolgen, eingeschätzt. Auch deshalb gelten bei indigenen Deutschen und „Hinzugewanderten“ aus aller Welt sehr unterschiedliche Auslegungen in der Judikative. Wer das nicht glauben mag, sollte einmal das Archiv von PI bemühen, das diesbezüglich bestens ausgestattet ist.

Als ganz besondere Anregung sei dieser Tage an das einst beschaulich wirkende Freiburg erinnert, in dem sich die „grün“ orientierten Menschen bekanntlich sehr wohlfühlen und ihren speziellen Lifestyle – fahrradfahrend zwischen Bio-Supermarkt, Gender-Toiletten und antifaschistischen Kneipen – wie nirgends anders ausleben können. Vielmehr konnten – wie ein sehr aufschlussreiches [Interview mit einem Freiburg-Insider](#) verrät.

Denn trotz zahlreicher „refugees welcome“ und „bring your family“ Schilder, ganz hervorragender Unterbringung, Rundum-Vollversorgung und sonstiger „Betüddelung“ der dort überwiegend afrikanischen „Schutzsuchenden“ hat sich die von Akademikern so geschätzte Breisgau-Metropole zwischenzeitlich genau so entwickelt, wie es in den „Brennpunkten“ von Köln, Frankfurt und Berlin schon lange Usus ist. Nämlich unsicher am Tage, gefährlich in der Nacht und [von zahlreichen No-go-areas](#) durchzogen.

Nur wahrhaben wollen dies die herzensguten Freiburger, die in manchen Stadtteilen bis zu 80% Grün wählen, immer noch nicht. Aber sie werden es noch lernen – wenn auch unter Schmerzen und Entbehrungen. Um sich im Anschluss dann noch tiefer vor den „Hinzugekommenen“ zu bücken, ihnen zu „dienen“ – und noch mehr Geld in Sozialarbeiter, Diversitäts-Experten, Konfliktmanager

und ähnlich „Sinnvollem“ zu investieren.

Denn in jedem von angeblich „Benachteiligten“ begangenen Verbrechen sehen Linksgrün-Geprägte bekanntlich in erster Linie einen Hilferuf – oder ein „Missverständnis“. Der berühmte „Verbotsirrtum“ eben. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass die abscheulichen Morde in den letzten Wochen an den beiden jungen Frauen immer noch nicht aufgeklärt sind. Kann wieder einmal nicht sein, was nicht sein darf? Es würde einen nicht wundern, wenn bei den Ermittlungen absichtlich ein wenig „auf die Bremse“ getreten wird, um nicht etwa bestätigt zu bekommen, was ohnehin schon viele hinsichtlich der Täterethnie vermuten.

Doch alles, was sie bereit sind zu investieren, alles, was sie überhaupt zu tun vermögen, einschließlich der Aufgabe ihrer ureigensten Interessen und Verhaltensweisen, wird die „Neubürger“ nicht zufriedenstellen. Man kann noch so „lieb“, zuvorkommend und sogar unterwürfig wie eine Hündin zu den überwiegend jungen Männern aus Arabien und Afrika sein – es wird niemals reichen. Bekanntlich wird solch eine Verhaltensweise in islamisch dominierten Kreisen ohnehin als Schwäche und demzufolge als zutiefst verachtenswert angesehen. Erst wenn wir uns alle komplett aufgegeben haben und ihnen unsere angestammte Heimat vervollständig überlassen, werden sie vielleicht Ruhe geben. Bis sie realisieren, dass niemand mehr da ist, der sie versorgt. Und dann beginnt der Teufelskreis aufs Neue.

Vielleicht in Tübingen. Oder Heidelberg.

Afrikaner bringen absichtlich Boot zum Kentern

Warum ertrinken die Invasoren auf ihrer Reise ins zu erobernde Europa? Weil die See so rau und wir so hartherzig sind? Nein, weil sie oftmals ihre Boote absichtlich zum Kentern bringen, um den Shuttle-Service ins gelobte Land zu erzwingen. Das obige Video wurde von der Crew eines italienischen Fischerbootes aufgenommen. Als die Afrikaner sich dem Schiff nähern, von dem sie glauben, es sei ausgerüstet sie aufzunehmen, kentern sie ihr Boot, um in „Seenot“ zu sein. Die Mannschaft ist aber offensichtlich nicht in der Lage die Meute aufzunehmen, was für die kleine ungesicherte Besatzung wohl auch ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko wäre. Einer der Seeleute ruft immerzu „calma“, sie mögen Ruhe bewahren. Crewmitglieder müssten sich nun abseilen, um die nun Ertrinkenden zu retten und würden dabei ihr eigenes Leben riskieren. Dass sie das nicht tun, kann man gut verstehen.



Altparteien nähern sich Schwedendemokraten

✘ In Schweden sehen wir in Echtzeit das Scheitern des

Multikultitraums, [die Multikulti-Hölle](#). Dort ist man Deutschland im Verschlimmerungs-Prozess in Richtung „Failed State“ immer um einen Schritt voraus. Adäquat entwickelte sich die einzige Oppositionspartei Sverigedemokraterna, die zuletzt regelmäßig gegenüber der Allianz der regierenden Parteien in den Umfragen führt (derzeit mit 25%). Im Gegensatz zu Angela Merkel hat die Vorsitzende der ehemaligen Reinfeld-Humanitäre Großmacht-Partei „Moderaterna“, Anna Kinberg Batra (Foto, re.), anscheinend Einsicht gezeigt und eine [Kehrtwende vollzogen](#). „Ich will nicht zurück zur alten Politik. Sie war nicht tragfähig ... und ich verstehe, dass diejenigen, die ausgegrenzt wurden, weil sie davor warnten, wütend und enttäuscht sind.“

(Von Alster)

Nun wird sie von anderen Parteien verdächtigt, nur [parteitaktisch vorzugehen](#), um Wähler von den Sverigedemokraten zu locken, denn neben ihrer vermeintlichen und begrüßenswerten Einsicht hat sie keine inhaltlichen Vorschläge unterbreitet. Aber immerhin können die Schweden sie zukünftig an ihren selbstkritischen Äußerungen erinnern und messen.

Im Deutschen Bundestag fehlt eine Oppositionspartei wie die Schwedendemokraten, und auch deshalb gibt es keinerlei Selbstkritik. Aber während der gesamten Generaldebatte der Regierungspolitik zur Haushaltswoche im Deutschen Bundestag schwebten die sogenannten gefährlichen Populisten mitsamt Donald Trump wie ein Damoklesschwert über den Häuptern sämtlicher Parteien. Sie beschworen eindringlich den Kampf gegen eine Allianz von rechtspopulistischen und rechtsextremen Populisten in Deutschland und Europa. Dabei gerierten sich sämtliche Redner durch Vereinfachung aller Zusammenhänge und Nicht-Nennung der Auswirkungen etwa der „Flüchtlingskrise“ selbst wie waschechte Populisten. [Merkel meinte](#) populistisch: „Viele Menschen machen sich in diesen Tagen Sorgen um die Stabilität unserer so gewohnten Ordnung, aber Offenheit wird uns mehr Sicherheit geben als Abschottung. Krisen in

Deutschlands und Europas Nachbarschaft tragen zur Beunruhigung bei.“

Und sie appellierte eindringlich an die Bürger in Deutschland, sich dem aufkeimendem Populismus entgegenzustellen. Im Internet, durch die Digitalisierung, kursierten Meinungen und Berichte, die viel weniger durch journalistische Sorgfaltspflicht entstünden und kontrolliert würden als früher. Mitunter gebe es gefälschte Nachrichten und durch Meinungsroboter selbst generierende Meinungsverstärker, sagte diese Frau, und vergaß dabei, etwa die ARD und das ZDF zu erwähnen. Die Politik müsse mit dem Phänomen umgehen und dort regulativ eingreifen, wo es nötig sei – wie bei Hassbotschaften im Internet.

Merke: Das ist das neue Wahl-und Regierungsprogramm der Angela Merkel:

- Offenheit statt Abschottung
- Kampf gegen Populismus
- Digitalisierung – Internet – regulativ eingreifen

Die Grünen möchten gerne mitregieren. Anton(ia) Hofreiter von den Grünen machte sich im Bundestag ähnlich große Sorgen insbesondere vor der sich abzeichnenden populistischen Allianz in Europa: „Wir müssen verhindern, dass es den Rechtspopulisten und den Rechtsradikalen gelingt, in Europa ein Bündnis zu schmieden“ Er fügte doch noch einen neuen Programmpunkt hinzu, den er bei der USA-Wahl als vernachlässigt ausgemacht hat: „Wir müssen uns um die ländlichen Gebiete kümmern.“

Hier etwa bei min. 6.25:

Da hat er ja schon einen Verbündeten in der CSU. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) möchte sich auch [um die renitente Landbevölkerung](#) „kümmern“ und sie durch die Flutung ihrer Gemeinden mit Merkelgästen zur Räson

zwingen.

Bystron: Integrationsbeauftragten abschaffen

Beim Parteitag der [AfD-Bayern](#) in Ingolstadt am vergangenen Wochenende hat der Landesvorsitzende Petr Bystron in einer fesselnden Rede die Abschaffung des Integrationsbeauftragten gefordert. Für eine Übergangszeit soll Björn Höcke diesen Posten ausfüllen, damit mehr Abschiebungen erfolgen. Bystron bedankte sich unter anderem bei Horst Seehofer, da dieser durch seine Äußerungen eine Art ehrenamtlicher Pressesprecher der AfD darstelle.



Merkel mahnt Zwischenruferin zur „Vorsicht“

Wie diktatorisch Angela Merkel regiert gab sie bei der

Bundestagdebatte am 23.11. ganz spontan selber zum Besten. Als sie auf ihren unseligen Türkeideal zu sprechen kam rief jemand „Schande, Schande“ dazwischen. Daraufhin die Kanzlerin drohend: „Ganz vorsichtig...“, und fügte bedauernd hinzu, dass dies eben die Möglichkeit sich frei zu äußern sei. Selbige will sie ja, wie sie an gleicher Stelle erklärte, ohnehin de facto abschaffen, sie wird Zensurminister Maas bei der weiteren Knebelung des Volkes unterstützen. Sie will „alles unternehmen“, um Hatespeech (der noch nicht einmal klar definiert wurde) zu unterbinden ([hier](#) ab min. 0.33). Insgesamt wird in ihrer Rede klar, sie wird weiter daran arbeiten, dass künftig alles Elend der Welt ganz legal nach Deutschland kommen kann. Was später einmal mit jenen unliebsamen Bürgern passieren soll, die nicht „vorsichtig“ sind mit ihrer Meinung dazu, hat sie noch nicht gesagt.

» [Hier ein Mitschnitt ihrer ganzen Rede](#)



Lügenpresse: Merkel ist super für Deutschland



Ein [Gustostück der](#)

[Lügenpresse](#) liefert uns einmal mehr die MOP0: Chefreporter Volker Schimkus (Foto) hat sich aufgemacht, Hamburger Bürger zu befragen, was sie von Merkel 4.0 hielten und präsentiert seinen Lesern, die er offensichtlich für dümmer hält, als es sein Bericht ist, sieben Antworten. Friseurin Sarah (28) findet, Merkel sei die Richtige, auch was sie zu Trump sagte, findet Sarah „super“. Rentnerin Hannelore (75) weiß nicht, wen sie sonst wählen soll und findet, die Gastmutter des Weltelends hat ihre Sache „bisher gut gemacht“. Auch Hausfrau Susanne (45) ist dafür und Barkeeper Reza (53) hält Merkel für „die ideale Frau für den Job“. Kunststudent Ben (25) und der linke Ferdinand (36) sehen keine Alternative. Nur einer hält wenig davon, der Obdachlose Uwe (50). Also, alle für Merkel, außer die Verlierer. Damit hat Volker Schimkus sich ein Sternchen im Propagandabuch und die silberne Pinocchio-Nase verdient.



Ordnungsamt-Mitarbeiter als Hilfspolizisten



Da die staatlichen Ordnungshüter in den letzten Monaten vollkommen unerwartet sehr viel zu tun haben (böse Zungen sprechen gar von „Überlastung“), ist man bei den Polizeiwachen im Rhein-Sieg-Kreis auf die Idee gekommen, Arbeiten auszulagern. Was in der Wirtschaft funktioniert, kann im öffentlichen Dienst nicht schaden, scheint der Gedanke dahinter zu sein. Also rufen Sie bei verdächtigen Geräuschen im Nachbarhaus ruhig die 110. Wundern Sie sich aber nicht, wenn statt zweier Beamten mit Uniform, Waffe und Ausrüstung im Streifenwagen ein einzelner Herr im privaten Pkw vorfährt – es könnte jemand vom Ordnungsamt sein oder von einer Security-Firma, die die Stadt für Ordnungsdienste eingestellt hat. Oder Sie werden auf den nächsten Tag vertröstet. [Aber lesen Sie selbst!](#)

Für Merkel: It's the Islam,

stupid!

Islam- bzw. Religionskritiker als Modernisierungsverlierer zu bezeichnen, Religion und Mittelalter-Kultur damit als Teil der Moderne darzustellen, ist an Groteske kaum zu überbieten und ein Verrat an den Werten der Aufklärung, wie man ihn bis vor wenigen Jahrzehnten kaum für möglich hielt. Denn ja, ich kritisiere den Islam nicht, weil ich abgehängt bin. Weil ich kein Breitband habe oder überfordert mit der Digitalisierung bin. Ich kritisiere ihn, weil ich ihn dumm finde. Weil ich der islamischen Kultur im Vergleich zu meiner Kultur nichts Positives abgewinnen kann. Weil er nicht zu uns passt und weil nicht die bedingungslose, unkontrollierte Aufnahme von Muslimen in unserem Land Modernität bedeutet, sondern der Mut, sich seines Verstandes und der Logik zu bedienen und diesen Rückschritt daraus resultierend abzulehnen.

Es ist nicht die Modernisierung, die mir Angst macht, Frau Merkel. Es ist die Kritiklosigkeit und das Schweigen ihres Establishments zum eigentlichen Problem. It's the Islam, stupid! ([Anabel Schunke bei Tichy!](#))



Focus hat Probleme mit PI-

Kommentaren

✘ Dass die Dortmunder Filiale der Kaufhauskette Woolworth keine Weihnachtsartikel mehr führt, weil es sich dabei, wie laut BILD eine Verkäuferin sagte, um ein muslimisches Geschäft handle, hat naturgemäß zu einiger Aufregung und zu entsprechenden [Kommentaren unter unserem Beitrag](#) geführt. Vermutlich aufgrund des internetweiten Shitstorms rudert Woolworth nun zurück und erklärt schon seit gestern unablässig, man habe die Weihnachtsware nicht aus islamideologischen, sondern aus marktwirtschaftlichen Gründen aus dem Sortiment genommen, da keine Nachfrage bestünde. Das ist wohl aber bestenfalls die andere Hälfte der Wahrheit, im moslemisch besetzten Dortmunder Stadtgebiet. Wir glauben nicht, dass die islamaffine BILD das, wäre der Satz nicht so gefallen, geschrieben hätte.

[Für den Focus](#) (in Kooperation mit [der Huffington Post](#), die den Videobeitrag gemacht hat) ist diese Geschichte nun aber ein willkommener Aufhänger die AfD-Wähler und PI zu verunglimpfen:

Es klingt wie eine Steilvorlage für alle AfD-Wähler im Land, die sich vor dem Untergang ihres geliebten christlichen Abendlandes fürchten. Eine Filiale der Kaufhauskette Woolworth in Dortmund hat Weihnachtsartikel aus dem Sortiment genommen.

Laut der „Bild“-Zeitung habe eine Kassierererin gegenüber einer Kundin erklärt: „Wir sind ein muslimisches Geschäft, wir wollen keine Weihnachtsartikel verkaufen.“

Kein Wunder, dass auf rechten Hetzseiten ein Shitstorm gegen das Unternehmen losbrach. Auf der Seite „PI-News“ kommentierte ein Nutzer: „Leute, wenn 2017 nicht eine Wende mit der AfD kommt, dann Gute Nacht Deutschland!“ Rund 200 ähnliche Kommentare finden sich unter der Medlung auf PI-News. [Textfehler haben wir übernommen.]

Wenn ein derart harmloser Kommentar, wie der hier vom Focus zitierte die Redaktion schon echauffiert dann wundert es nicht, dass die Berichterstattung ist wie sie ist und die Leser sich nur noch veralbert vorkommen. (lsg)

» E-Mail: redaktion@focus.de

» E-Mail: redaktion@huffingtonpost.de



Rent a Maas: SPD lässt sich Treffen sponsern

✘ In den Rechenschaftsberichten der Parteien gibt es einen Abrechnungsposten der Kategorie „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit“. 2014 verbuchte die SPD dort rund 12,8 Millionen Euro. Wie jetzt bekannt wurde, werden so auch Einnahmen verbucht, die durch Vermittlung von Gesprächen mit SPD-Funktionären lukriert werden. Pikant an dieser Praxis ist nicht die Frage, wer pervers genug ist, sich für etwa 7.000 Euro Heiko Maas oder Andrea Nahles einzuladen, sondern die Tatsache, dass hierdurch nicht nur undurchsichtige Parteienfinanzierung betrieben wird, sondern auch ganz offensichtlich die Interessen zahlungspotenter Wirtschaftsunternehmen mehr Gewicht bekommen als die anderer.

Einer Recherche des [ZDF-Magazins Frontal21](#) zufolge organisierte die SPD-eigene Agentur *Network Media GmbH* (NWMD), die unter dem Dach der SPD-Parteizeitung „Vorwärts“ tätig ist, bezahlte Gespräche u. a. mit Heiko Maas, Arbeitsministerin Andrea Nahles, Fraktionschef Thomas Oppermann, Umweltministerin Barbara Hendricks und Familienministerin Manuela Schwesig. Zwischen 3.000 und 7.000 Euro bezahlten die Unternehmen pro Treffen. Es sei dabei um ein „Kennenlernen“ gegangen, erklärt die niederländische Bank Ing-Diba dazu.

Wer den Minister dann gut genug kennt und seine Anliegen bei den jeweiligen Treffen gut positionieren konnte, hat damit ohne Zweifel erhebliche Vorteile gegenüber der Konkurrenz. Maas sagt, er habe von Sponsoring für die Partei nichts gewusst: „Die Frage, wie solch eine Veranstaltung zustande kommt, wer teilnimmt, wer sie organisiert und wer sie finanziert, ist jetzt nicht das Thema für mich“, so der Justizminister, der ganz offensichtlich nicht nur entscheidet, was andere sagen dürfen, sondern auch, was er als Thema sieht und was nicht. Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel weiß angeblich von nichts.

Michael Koß, Experte für Parteienfinanzierung an der Ludwig-Maximilians-Universität München, hält den ganzen Vorgang für problematisch. Neben Ministern wurden so auch Verwaltungspersonen wie Abteilungs- und Referatsleiter vereinnahmt. „Wer die direkt beeinflussen kann, der spart sich eine Menge Mühe. Die schreiben am Ende das Gesetz“, so Koß.

Die Agentur nennt es nicht Verkauf von Gesprächen, sondern umschreibt es wortreich – man versuche eben Partner zu finden, die solche Veranstaltungen finanzieren.

Welche Schleife auch immer man dem Geld, das aufgrund dieser Polithurerei fließt, umbindet, der Geruch verschleierte Parteienfinanzierung und Korruption hängt in der Luft. (lsg)

» Die [Sendung in der Mediathek](#)



Donald Trump liest CNN & Co. die Leviten



Trump teilte gegen die US-Lügenmedienvertreter aus (v.l.): Gayle King (CBS), George Stephanopoulos (ABC News) und Wolf Blitzer (CNN).

Der frisch gewählte US-Präsident Donald Trump hat bei einem Treffen mit führenden Medienvertretern den Mainstream-Journalisten deutlich ihre Verlogenheit vor Augen geführt. Es sei wie ein „Erschießungskommando“ gewesen, [zitierte die „New York Post“](#) einen Teilnehmer. Dabei ging Trump dem Bericht zufolge gleich zu Beginn des Treffens insbesondere auf den linksversifften Nachrichtensender CNN los. Dem anwesenden Senderchef Jeff Zucker soll er dem Teilnehmer zufolge gesagt haben: „Ich hasse Ihren Sender, jeder bei CNN ist ein Lügner, und Sie sollten sich schämen.“ Auch ein anderer Teilnehmer berichtete der „New York Post“ von den Klarstellungen Trumps, an dem mehrere bekannte Fernsehmoderatoren teilnahmen. „Wir

sind in einem Raum voller Lügner, der betrügerischen, unehrlichen Medien, die völlig falsch gelegen haben“, soll er demnach mehrfach gesagt haben. Trump hatte bereits während des Wahlkampfes den „korrupten und ekeligen Medien“ deutlich den Kampf angesagt. ([GC](#))